

Ein bisschen weiter weg von der Straße



Am nördlichen Ende ist die Trierer Straße am engsten. Durch den geplanten Abriss der Häuser auf der linken Seite könnte dort etwas mehr Platz geschaffen werden. TV-Foto: Uwe Hentschel Foto: Uwe Hentschel (uhe)

(Bitburg) Beim geplanten Bau der Bit-Galerie sorgt die Baugrenze in der Trierer Straße nach wie vor für Diskussionen. Einigen ist der Bürgersteig zu schmal.

06.11.2017

Uwe Hentschel

Bitburg Damit war zu rechnen: Als die beiden Planer des Architekturbüros ATP München im Bauausschuss den aktuellen Planungsstand der Bit-Galerie präsentieren, taucht sie wieder auf, die Frage. Die Frage, ob es nicht vielleicht doch möglich wäre, mit dem geplanten Einkaufszentrum zwischen Trierer Straße und Bedaplatz ein wenig von der Trierer Straße wegzurücken. Um so im engsten Bereich dieser Straße ein wenig Luft zu schaffen.

Ginge es nach dem, was im Stadtrat bereits vor mehr als einem Jahr beschlossen wurde, so müsste diese Frage gar nicht mehr gestellt werden. Denn damals wurde gefordert und schließlich auch beschlossen, die Baugrenze in der Trierer Straße im Bereich des überplanten Gebiets um drei Meter zurückzuziehen. Der Bereich, in dem das Einkaufszentrum errichtet werden soll, liegt nämlich genau in dem Gebiet, für das derzeit ein Bebauungsplanverfahren läuft. Und da die Stadt Herr dieses Verfahrens ist, liegt es in ihrer Hand zu entscheiden, wo die Baugrenze verlaufen soll.

Zudem sollen für den Bau der Galerie ohnehin alle Häuser in diesem Bereich der Trierer Straße abgerissen werden. Alles in allem steht dem Wunsch nach mehr Platz für Fußgänger und Verkehr also nichts im Weg. Sollte man meinen. Doch ganz so einfach ist es nicht. Denn eine Veränderung der Baugrenze könnte Auswirkungen auf den derzeitigen Baubestand haben (siehe Infobox). Der soll zwar - wie bereits erwähnt - verschwinden. Nur was ist, wenn die Galerie am Ende doch nicht gebaut und die Häuser deswegen auch nicht abgerissen werden?

Der Bauausschuss hatte deshalb im Frühjahr auf Anraten des zuständigen Planers mit knapper Mehrheit beschlossen, es bei der derzeitigen Baugrenze zu belassen. Darüber hinaus hatte der Projektentwickler und Faco-Geschäftsführer Stefan Kutscheid der Stadt zugesichert, freiwillig mit der Galerie ein wenig von der Baugrenze wegzurücken. Nur ist diese Abmachung scheinbar nicht bei den bei den Planern des Münchener Architekturbüros angekommen. Oder sie wurde bislang noch nicht berücksichtigt.

Bei den Plänen, die nun in der jüngsten Sitzung des Bauausschusses präsentiert werden, jedenfalls stößt die Fassade in der Trierer Straße an die festgesetzte Baugrenze. Und daran wiederum stoßen sich einige Ausschussmitglieder und auch Bürgermeister Joachim Kandels. "Ich stehe zu dem, was ich gesagt habe", betont Stefan Kutscheid, der sich gleichzeitig aber auch darüber ärgert, dass seitens der Gremien ständig nur gefordert werde. "An irgendeiner Stelle hat ein solches Projekt ja auch noch einen wirtschaftlichen Aspekt", sagt er. Die Investoren gäben bereits viel Geld aus, um Häuser zu kaufen und abzureißen, sagt Kutscheid.

Zudem wisse ja keiner, wie sich die Verkehrssituation in der Trierer Straße entwickle. Sollte es dort - wie bereits überlegt - tatsächlich zu einer Einbahnstraße kommen, so wäre dort zukünftig mehr Platz als benötigt. Grundsätzlich aber, so Kutscheid, sei es kein Problem, mit der Fassade weiter von der Straße wegzurücken: "Wir können auch gerne zwei Meter zurückspringen", sagt er. "Wenn uns die Stadt dafür einen adäquaten Ausgleich zahlt."

Extra: DAS PROBLEM MIT DER BAUGRENZE

Die Baugrenze zu verschieben, ist zwar einfach, könnte aber weitreichende Konsequenzen haben, sollten die dort stehenden Häuser doch nicht abgerissen werden. So hat die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) Trier der Stadt Bitburg im Frühjahr mitgeteilt, dass durch eine Verlagerung der Baugrenze keine Förderung von Sanierungsmaßnahmen zu erwarten sei. Schließlich stelle die derzeitige Situation keinen Missstand dar, der beseitigt werden müsse. Zudem wies der für den Bebauungsplan zuständige Planer bei der Sitzung des Bauausschusses im März dieses Jahres auf weitere Probleme hin. Demnach könnte eine Änderung der Baugrenze im Bebauungsplan dazu führen, dass selbst bei einer Umnutzung der vorhandenen Gebäude die Fassade um drei Meter zurückversetzt werden müsste. Das wiederum würde nach Ansicht des Planers nicht nur zu Einwänden im Planungsverfahren führen, sondern gegebenenfalls auch zu Klagen gegen die Stadt.